

Rede anlässlich des 79. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von der roten Armee befreit. Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti wurden neben Auschwitz in Treblinka, Sobibor, Majdanek, Belzec und Chelmno massenhaft vernichtet. Die in der Wannsee Konferenz formulierte Zielsetzung war ihre vollständige, industriell organisierte Ermordung. Allein in der Nacht zum 2.8.1944 wurden über 4000 Roma und Sinti in Auschwitz-Birkenau vergast, nachdem sich die Minderheit kurz vorher erfolgreich gegen den Massenmord zur Wehr setzte.

Erst 1963 ist durch das Engagement des hessischen Generalstaatsanwalts Bauer die Dimension des Massenmords durch den 1. Auschwitzprozess in die Öffentlichkeit gerückt. Die Reaktion war Leugnung, Ignoranz, Empörung über die Anklage und mehrheitlich skandalös geringfügige Urteile seitens des Gerichts. Prägnant war die Enttäuschung von Fritz Bauer, der kritisierte, dass während der Prozessdauer von den Tätern kein Wort der persönlichen Schuld gegenüber den Opfern geäußert wurde. Seine Feststellung im Verlauf der Vorbereitung des Verfahrens war, dass er sich in Feindesland befinde. So kennzeichnete sich Administration und Öffentlichkeit, die durchgängig den Massenmord an der Minderheit als gerechtfertigt und selbst verschuldet bezeichnete, per Gutachten die Täter zu Opfern machte und Leidtragenden der Lüge bezichtigte.

Die Diskriminierung, Verfolgung und Internierung von Roma und Sinti war bereits in der Weimarer Republik Gegenstand öffentlichen Handelns. Wilhelm Leuschner, 1929 hessischer Innenminister, verantwortete das „Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ und erließ 1931 eine weitere Verschärfung. Leuschner hat mit dem Gesetz, das später auch Vorbild für die Gesetzgebung im Nationalsozialismus war, ausdrücklich die Kriminalisierung, die vollständige Erfassung und Internierung von Roma und Sinti betrieben. Es ging ihm in dem Akt nicht generell um Gewerbetreibende, sondern speziell - und darin liegt die rassistische Intention, die selbst mit der Weimarer Verfassung nicht konform war - um die Verfolgung, die modernste und effektivste Registrierung sowie die schnellstmögliche Inhaftierung und Ausweisung von Roma und Sinti. Bei der Verleihung der Wilhelm Leuschner Medaille, der höchsten hessischen Auszeichnung, die den Widerstandskämpfer zum Hintergrund hat, wird seine Verantwortung an den Verbrechen gegenüber Roma und Sinti seit Jahrzehnten verschwiegen. Das bedeutet, dass die menschenverachtende Haltung des Antiziganismus ebenso hoffähig wie konsequenzlos bleibt. Die Summierung solcher Auslassungen hat statt einer offenen Auseinandersetzung Geschichtsklitterung und die Missachtung der Opfer und ihrer Angehörigen zur Folge.

Auch die Stadt Frankfurt hatte früh eine Führungsrolle. Oberbürgermeister Krebs vertrieb kurz nach der Machtübernahme der Nazis Roma- und Sinti-Familien aus Frankfurt und kooperierte eng mit Polizeipräsident Beckerle. Der ließ 1937 das Lager Dieselstraße, später auch das Lager Kruppstraße errichten und betrieb mit Hochdruck die systematische Erfassung und Zentralisierung der Daten und die Internierung, die dann in die Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager führte. Im universitären Wissenschaftsbetrieb etablierte sich 1935 Ottmar von Verschuer als Leiter des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene. Gerhard Stein, der Assistent von Verschuer, begann im selben Jahr mit rassenbiologischen Untersuchungen an Roma und Sinti in Ffm. und Berlin. Auch Josef Mengele studierte in den 30iger Jahren an der Frankfurter Universität.

Die Vorstufe zur Vernichtung wurde durch die Erfassung aller im deutschen Reich lebenden Roma und Sinti geschaffen. Robert Ritter, Leiter der „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes Berlin“ und seine enge Mitarbeiter Eva Justin waren hierfür maßgeblich verantwortlich. Ihre sogenannten „rassenbiologischen“ Untersuchungen registrierten minutiös über 20.000 deutsche Roma und Sinti. Sie leisteten damit die Voraussetzung für die spätere fabrikmäßige Vernichtung.

Im Stadtgesundheitsamt Ffm. befand sich das Erbarchiv, das nunmehr im Institut für Stadtgeschichte ist. Es diente zur Erfassung und rassistischen Kategorisierung von Menschen. Das Amt kooperierte eng mit dem Reichssicherheitshauptamt, der Frankfurter Kriminalpolizei, dem Reichsgesundheitsamt, den Meldestellen und Standesämtern. Die Behörde bereitete die Einweisung in die Psychiatrie vor, begleitete Verfahren beim Erbgesundheitsgericht und entschied bei Zwangssterilisationen. Stadtverwaltung, Universität, Justiz Polizei, Kirche, die Bevölkerung, die politischen Parteien und die gesamte Öffentlichkeit beteiligten sich im Nationalsozialismus an der Erfassung, Denunziation, der Inhaftierung und Deportation in die Lager.

1947 wurde Robert Ritter von Sozialdezernent Prestel als Stadtarzt und Leiter der Jugendsichtungsstelle für Gemüts- und Nervenranke und der Jugendpsychiatrie nach Frankfurt gerufen. Prestel war seit 1937 verantwortlich für die Konzentrationslager für Roma und Sinti in der Krupp- und Dieselstraße. Auch Personaldezernent Menzer stand hinter der Anstellung. Ritter starb 1951. Verfahren auf Initiative von Roma und Sinti gegen Justin blieben erfolglos. Erst Anfang der 60er Jahre wurden die Verbrechen beider aufgrund von Veröffentlichungen in Quick, Spiegel und Stern und dem Engagement des Journalisten Valentin Senger wieder öffentlich diskutiert, Justin jedoch nicht verurteilt. Lediglich ihre Arbeitsstelle wurde auf den Bonameser Standplatz, wo auch Roma und Sinti lebten, verlegt. Sie erforschte dort erneut deren soziale Situation und war danach im Universitätsklinikum Ffm. tätig. Justin starb 1966 in Offenbach.

Frau Ursula Rose, deren Eltern in Auschwitz und anderen Lagern waren, berichtete nach dem Besuch der Tötungsstätte, von einer unheimlichen Ruhe, die den größten Friedhof der Minderheit kennzeichnet. Sie ist vor kurzem nach langer Krankheit mit 68 Jahren gestorben. Frau Rose hat über viele Jahre, zusammen mit ihrer Schwester Maria Strauss, die Ausstellung Frankfurt Auschwitz des Förderverein Roma begleitet und sich mit großem Engagement in zahlreichen Veranstaltungen gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma zur Wehr gesetzt. Die Traumata ihres Vaters und ihrer Mutter, die als Jugendliche deportiert wurden, blieben in der Familie. Ärztliche Hilfe konnte nicht in Anspruch genommen werden, weil der Stand der Mediziner, der Justiz, der Polizei, der Politik, des Klerus, der Beamten und der Lehrenden den Chorgeist der Nazis ungebrochen weiter pflegte. Die Traumata in der Familie Rose leben weiter, ebenso wie die breite gesellschaftliche Missachtung von Roma und Sinti.

Am 21.2.2020 rief mich das Polizeikommissariat Offenbach an und teilte mir mit, dass Roma Familien aus Nordrhein-Westfalen wegen dem rassistischen Anschlag in der Nacht zuvor auf dem Weg nach Hanau wären. Sie äußerten Befürchtungen, dass es zu Gewalttätigkeiten kommen könnte und stellten die absurde Frage, ob ich nähere Informationen darüber hätte. Ein Wort der Anteilnahme über den rassistischen Mord an 9 Menschen, darunter drei Roma, fiel nicht. Villi Viorel Paun, einer von ihnen, versuchte den Täter aufzuhalten, rief mehrmals ergebnislos bei der Polizei an und wurde erschossen. Seine Eltern sind wie viele andere Angehörige der Opfer empört über die offenen Fragen an den Innenminister, die trotz Untersuchungskommission bleiben. Diese Tat und die verständnislose Reaktion sind die gewalttätige Spitze von Vorkommnissen, deren Alltäglichkeit skandalös ist.

Auch Mercedes Kierpacz wurde von dem Attentäter umgebracht - geplant, vorsätzlich und angekündigt durch seine menschenverachtenden Postulate im Netz. Die Kontinuität von tödlichem Hass, Denunziation und Ignoranz verdeutlicht sich in der Familiengeschichte der ermordeten Romni. Filip Gomans Großvater wurde in Auschwitz vergast. Sein Vater und er haben sich vergeblich für eine angemessene Entschädigung, für Anerkennung und Respekt gegenüber der Minderheit engagiert – sie wurde wie bei vielen Roma und Sinti nicht nur behördlich, sondern auch Gesellschaft verweigert. Vor vier Jahren hat Filip Gomann seine Tochter Mercedes Kierpacz verloren - durch Schüsse eines Neonazis in Hanau.

Bei einer am 19.2.20 organisierten, gut besuchten Kundgebung auf dem Paulsplatz wurde der rassistische Hintergrund der Morde von VertreterInnen der verschiedenen Gemeinden eindrucksvoll dargelegt, die Solidarität war enorm – allerdings wurde versäumt, zu erwähnen, dass unter den Toten auch drei Rom:nia waren.

Was heißt alltäglicher Rassismus, ständige Ausgrenzung und Diskriminierung?

Der Beschäftigte einer Behörde bezweifelt den Arbeitsvertrag, den der Förderverein Roma mit einer Mitarbeiterin, die Romni ist, abschloss, weil diese Kombination doch völlig unglaubwürdig sei. Unsere Entgegnung, ob denn dann auch ein Arbeitsvertrag, den die Caritas mit Beschäftigten katholischen Glaubens abschließt, zweifelhaft sei, wurde nicht beantwortet. Eine Eigentümerin äußert, dass sie seit Jahren bewusst Räume und Häuser an MigrantInnen und Hilfsorganisationen vermieten würde, ihr Engagement sei stadtbekannt und allein deswegen müsste es doch nachvollziehbar sein, dass eine Vermietung an den Förderverein Roma nicht in Frage käme. Ein Frankfurter Museum bemüht sich um ein Ausstellungsobjekt, das die Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma in der NS-Zeit symbolisiert. Frau Rose und Frau Strauss, deutsche Romni aus Ffm., modellieren eine Walze mit einer Zugvorrichtung und versehen sie mit einem Text, der darauf verweist, dass ihre Mutter als völlig entkräftetes junges Mädchen mit anderen Frauen dieses tonnenschwere Gerät im KZ Ravensbrück ziehen musste. Kurz vor Ende der Ausstellung wurde über die

Nachfrage des Förderverein Roma gewahrt, dass das rechtzeitig dem Museum ausgehändigte Exponat nicht ausgestellt, sondern schlichtweg vergessen und in einem nachträglichen Akt für die letzten 4 Wochen noch positioniert wurde. Die Reaktion der beiden Schwestern war Empörung, Enttäuschung und die Aussage, dass der Vorgang nicht untypisch sei.

Ein Student arbeitet im Rahmen seiner Promotion zur Wirkung von Mahn- und Gedenktafeln über die NS-Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti. In Frankfurt am Main hängt eine solche Mahntafel am ehemaligen Stadtgesundheitsamt. Über zehn Jahre hinweg verweigerte sich die Stadt, sie anzubringen - vor allem durch das Institut für Stadtgeschichte. Nun hängt die Tafel seit 20 Jahren und als sich der Student im Rahmen seiner Arbeit kürzlich an das Institut wandte, das den Verlauf der damaligen Auseinandersetzung natürlich genau archivierte, wurde ihm peinlicherweise mitgeteilt, dass die Aktenbestände zu genau diesem Vorgang vollständig verschwunden seien.

Es häufen sich Beschwerden im Rahmen der Kontaktnahme mit Ämtern. Verweigerte Hilfeleistung, negative Auslegung von Handlungsspielräumen, härtere Auflagen bei Anträgen. Man könnte sagen, dass das doch auch anderen passiert. Dem ist zu entgegnen, dass die Anzahl der Vorgänge und der regelhafte Kontext, der auf die vermeintlich typische Verhaltensweise der Minderheit oder die Generalisierung im Sinne „ihr seid doch“ oder „die sind doch alle“ Bezug nimmt, letztlich das Bild der Diskriminierung kennzeichnet.

Eine wohnungslose, alleinstehende Frau mit kleinem Kind, die bisher bei Verwandten untergekommen ist, beantragt eine Unterkunft. Alle rechtlichen Voraussetzungen sind erfüllt. Die Sachbearbeiterin konfrontiert die Frau mit antiziganistischen Zuschreibungen und empfiehlt ihr, umgehend in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Eine Mutter mit zwei Kindern will ein Kleidergeschäft betreten. Der Verkäufer sieht die Familie und sagt ihnen an der Tür: Ihr seid Zi*** und dürft hier nicht rein, weil ihr klaut." Dann schließt er vor ihnen die Tür ab. Zwei Frauen stehen in der Schlange an der Supermarktkasse. Eine andere Frau drängelt sich nach vorne mit den Worten: "Ich will nicht mit diesen Zi*** zusammenstehen, weil ich nicht will, dass sie aus meiner Tasche klauen!"

Allein ein Wort bezeichnet die allgegenwärtige, subtile Diskriminierung. Allein ein Begriff, der als Erziehungskriterium seit Jahrhunderten funktioniert und dessen brutale Durchdringung aller Lebensbereiche ständig präsent ist, beschreibt die Verachtung gegenüber dem einzelnen oder der gesamten Gruppe und schafft sich auch dann Raum, wenn den Beschwerdeführenden, genügend Informationen zur Verfügung stehen, ihre Haltung zu revidieren. Rassistische Äußerungen und benachteiligende Verhaltensweisen gegenüber Roma und Sinti sind von Vorsätzlichkeit, Nachlässigkeit und Ignoranz gekennzeichnet - nicht von Unwissen.

Der Förderverein Roma hat in Kooperation mit dem hessischen Landesverband der deutschen Sinti und Roma die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus aufgebaut. Die umfangreiche Dokumentation von rassistischen Vorfällen und die Ahndung der Täter ist ihre Aufgabe. Der Verein setzt sich in diesem Zusammenhang insbesondere für Roma-MigrantInnen und -Flüchtlinge ein - sie sind aufgrund ihres oft prekären sozialen Status mehr denn je verletzlich und schutzbedürftig.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit Oktober letzten Jahres, nach dem Massaker der Hamas, hat der latente Antisemitismus sich ungebremsst Bahn gebrochen. Die Anschläge haben sich vervielfacht, Juden und Jüdinnen sind mehr denn je ungeschützt. Mit dieser Welle von Hass und Gewalt nimmt gleichzeitig auch der Rassismus gegenüber Roma und Sinti zu. Regelmäßig bestätigen repräsentative Untersuchungen, dass die Mehrheit der Gesellschaft Roma und Sinti ablehnt, ihnen elementare Grundrechte verweigert, sie vertreiben möchte. Das Treffen der AfD mit anderen neonazistischen, rechtsextremen AktivistInnen ist der politische Ausdruck der gesellschaftlichen Mehrheit. Es sollte nicht vergessen werden, dass Ausgrenzung und die Verweigerung der Rechte von Minderheiten, MigrantInnen und Flüchtlingen neben der AfD auch das Geschäft der bürgerlichen Parteien ist. Die beeindruckenden Großdemonstrationen der letzten Tage sind letztlich nur dann zielführend, wenn sich der Widerstand jedes einzelnen gegen Unmenschlichkeit, Neonazismus und Gewalt im Alltag niederschlägt.

Ich schließe die Veranstaltung und bitte um eine Gedenkminute anlässlich des 79. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz.

Ffm., den 26.1.24, Förderverein Roma e. V.